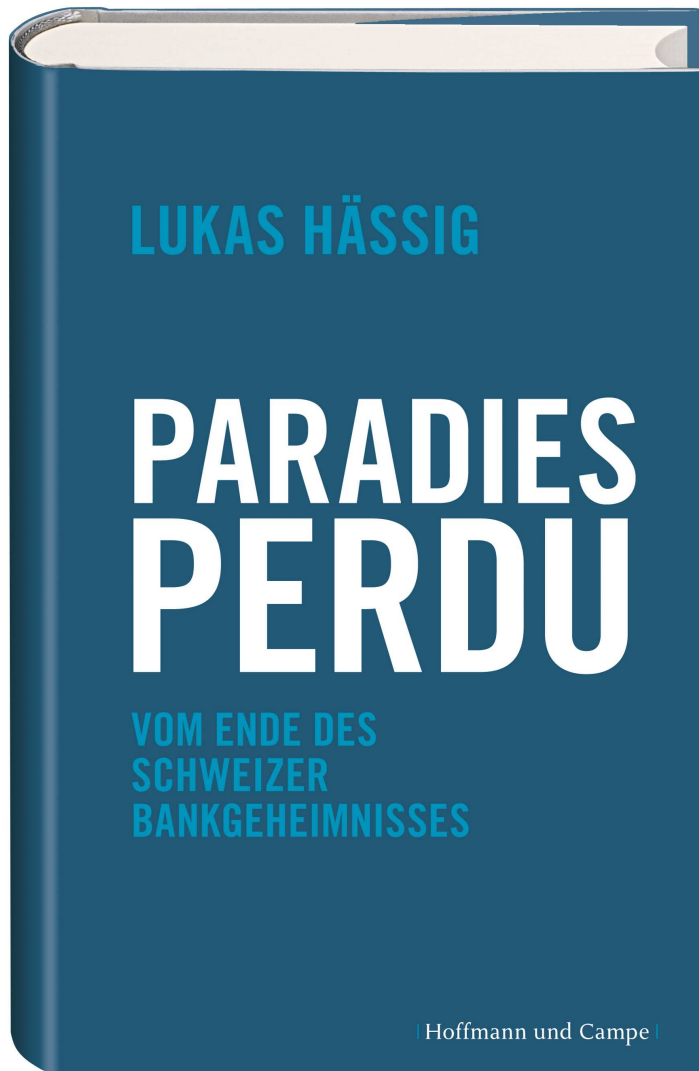


Schweiz am Scheideweg: Lösung oder Eigengoal?



www.lukashaessig.ch
mail@lukashaessig.ch

19. August, US-Schweiz-Deal

Eveline Widmer-Schlumpf, Justizministerin, zur Frage, ob es weitere solche Amtshilfeanfragen geben könnte:

„Das wäre nur dann möglich, wenn sie sämtliche dieser Kriterien, die klar festgelegt sind, auch erfüllen würden und dann noch unter diese Regelung des DBAs fallen würden. Wir gehen heute nicht davon aus.“

„Einer der Parameter ist das Geständnis der UBS gegenüber den US-Strafbehörden, dass sie sich strafrechtlich relevant verhalten hat, indem sie Klienten empfohlen hatte, solche Geschäfte zu machen.“

Das Kleingedruckte

„Die Schweiz erklärt hingegen, dass sie zusätzliche Amtshilfegesuche prüfen und behandeln würde, falls diese auf einem gleichen Verhaltensmuster von <Steuerbetrug und dergleichen> wie im Fall der UBS beruhten. Die Schweiz wäre zur Entgegennahme solcher zusätzlicher Gesuche auf Grund des geltenden DBA und des dazugehörigen Protokolls ohnehin verpflichtet.“

Die Kriterien

Konkreter Kundenname nicht zwingend – „Fishing expeditions“ sind möglich

Steuerbetrug (Urkundenfälschung) ist nicht zwingend – Amtshilfe auch bei „schwerer“ Steuerhinterziehung möglich

Mindestens 1 Million Franken Vermögen und 100'000 Ertrag während 3 Jahren, davon 50'000 Kapitalgewinn

Die Kritik

Konrad Hummler, Partner Bank Wegelin, Präsident Privatbanquiers, im „Sonntag“:

„Es darf nicht sein, dass wir in den Ruf geraten, zur Rettung der eigenen Haut die anderen zu <versecklen>.“

Schleusen offen

William Sharp, US-Rechtsanwalt und Vertreter von UBS-Kunden, in einem Fachartikel in einem Tax-Magazin:

„As noted above, the Swiss government announced that the new Protocol together with the UBS Agreement was adopted in order to resolve a special case in the legal and sovereignty conflict with the U.S. concerning UBS clients, and that the revised agreement does not govern future treaty assistance relations with the U.S.

Nevertheless, the inescapable conclusion to be drawn from the application of the Revised UBS Agreement is that the **floodgates** will most certainly open for similar requests of U.S. account data from other Swiss as well as other non-U.S. foreign financial institutions.“

Schleusen offen, Forts.

Alan Granwell, US-Steuerspezialist von DLA Piper, Washington:

„In connection with any new treaty requests, I would respond that US Government officials have repeatedly publicly stated that they are just beginning their enforcement initiatives. Further, as you are aware, Government officials are in the process of scouring the information they have received to **connect** the dots in order to investigate common themes, names and matters from information in their possession. Thus, enforcement initiatives are expanding to other institutions and geographically.“

Bewältigung Altlast „Schwarzgeld“

USA: UBS geknackt, weitere Banken (CS, Julius Bär, HSBC Schweiz, ZKB) kooperieren, zukünftige Amtshilfegesuche auf Basis UBS-Vertrag wahrscheinlich

Deutschland: Verwendung gestohlener Daten (von CS), Musterbeispiel Zumwinkel-Übung, dafür keine Amtshilfegesuche nötig (Daten liegen schon vor), weitere Amtshilfegesuche auf Basis UBS-Vertrag möglich

Frankreich / Italien: Verwendung gestohlener Daten (von HSBC), dafür keine Amtshilfe mehr nötig, weitere Gesuche auf UBS-Basis möglich

Welches Bankgeheimnis bleibt?

Urs Roth, Bankiervereinigung (in Paradies Perdu):

„Die Welt hat sich verändert. Steuern sind zu einem Megatrend geworden, und gegen einen solchen ist kein Kraut gewachsen.“

„Eine Steuer auf Kapitalerträge entspricht unserer Kultur, der automatische Informationsaustausch nicht. Wir wollen keinen Schnüffelstaat.“

Michael Reiterer, EU-Botschafter, Bern (in NZZ):

„Die OECD baut auf Transparenz, die Abgeltungssteuer auf Anonymität.“

Wie es dazu gekommen ist

- 2000: Kauf Paine Webber
European Onshore Strategy
- 2001: Qualified Intermediary
- 2001: Festhalten an US Offshore
- 2004: Wachstumsstrategie TASTE for BUCKS
- 2006, Februar: Whistleblower
- 2006, August: Kein Verkauf US Offshore
- 2007, September: US Verfahren
- 2007, November: Beginn Exit
- 2008, April: Martin Liechti in Miami
- 2008, Mai: Birkenfeld in Boston
- 2008, Juli: Mark Branson in Washington
- 2008, Nov: Raoul Weil angeklagt
- 2009, Feb: Deferred Prosecution Agreement
- 2009, Aug: Staatsvertrag

3 grosse Fehler

1. Offshore trotz Qualified Intermediary und Paine Webber – Ständige Grauzone

2. Wachstumseuphorie: Peter Wuffli, 2005: „We are a growth company“

3. Schwaches Risikomanagement:
Peter Kurer: Weitermachen
Marcel Rohner und Raoul Weil: Kein Ausstieg

Täter oder Opfer?

GPK-Bericht, 31. Mai 2010:

„Allerdings vermochten die EBK-Untersuchung aufgrund ihrer substantziellen **Abhängigkeit** von den Erkenntnissen der UBS-internen Abklärungen und die Aussage der EBK, es seien keine Hinweise auf ein „**aktives**“ Wissen von Marcel Rohner und Peter Kurer über die Verfehlungen gefunden worden, die GPK nicht zu überzeugen.“

Das Offshore System

STAS: Secure Travel Access Service

Schulung: „Keine Panik, keine überstürzten Handlungen!
Wir sind keine Kriminellen!“

Wachstumsstrategie: „Wachstum garantiert uns unsere Zukunft. Wir haben uns von 4 Millionen Franken pro Kundenberater in 2004 auf 17 Millionen in 2006 gesteigert. Wir müssen mit unseren Ambitionen Schritt halten und gehen auf 60 Millionen pro Kundenberater hoch!“ (Martin Liechti, Januar 2007)

100 zu 0 für die USA

Die Gründe:

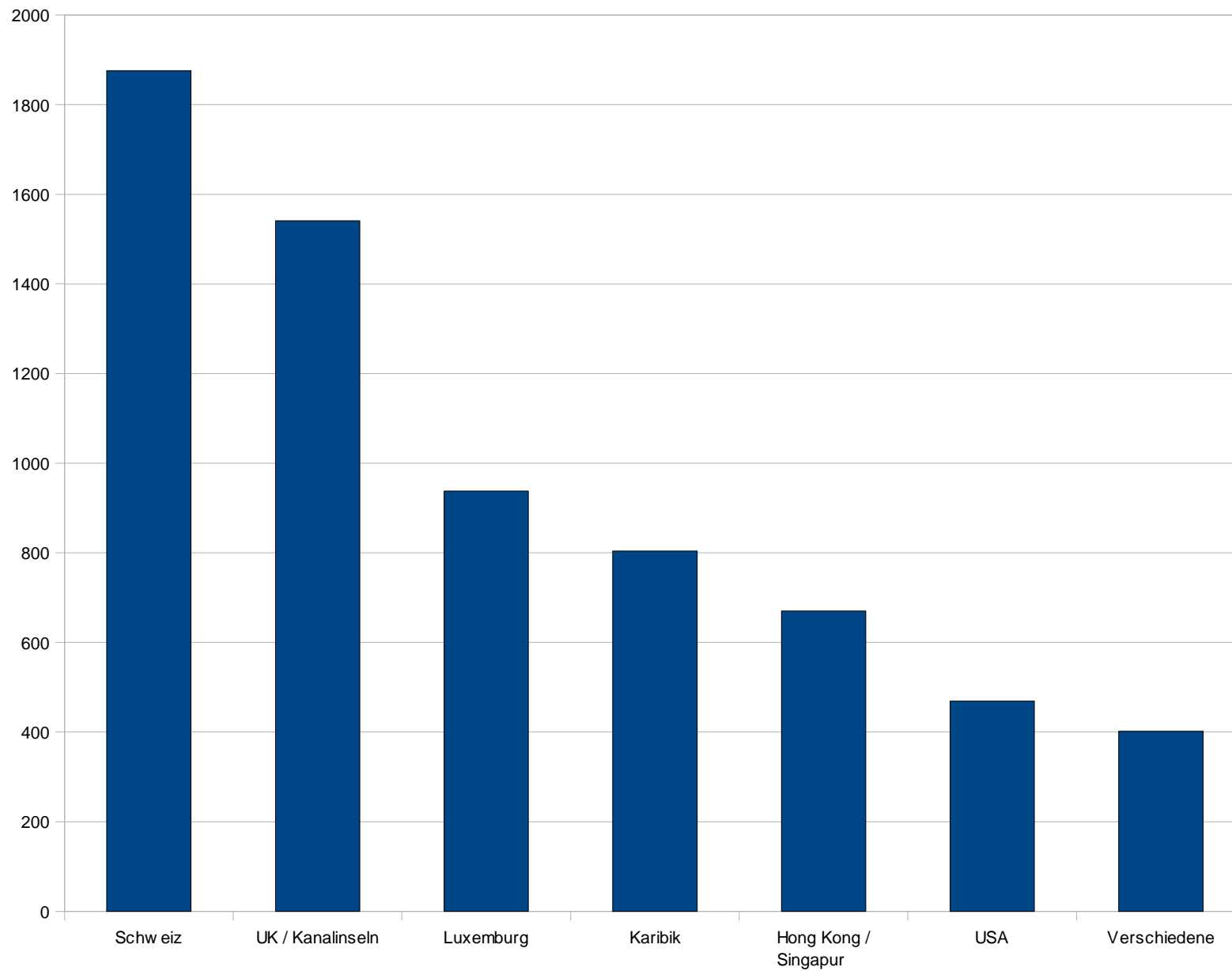
Appeasement-Strategie der UBS: Federführung hat US-Kanzlei Wachtell Lipton

Langsame Bundesverwaltung: ESTV braucht Wochen für erste Verfügung in Amtshilfegesuch 1

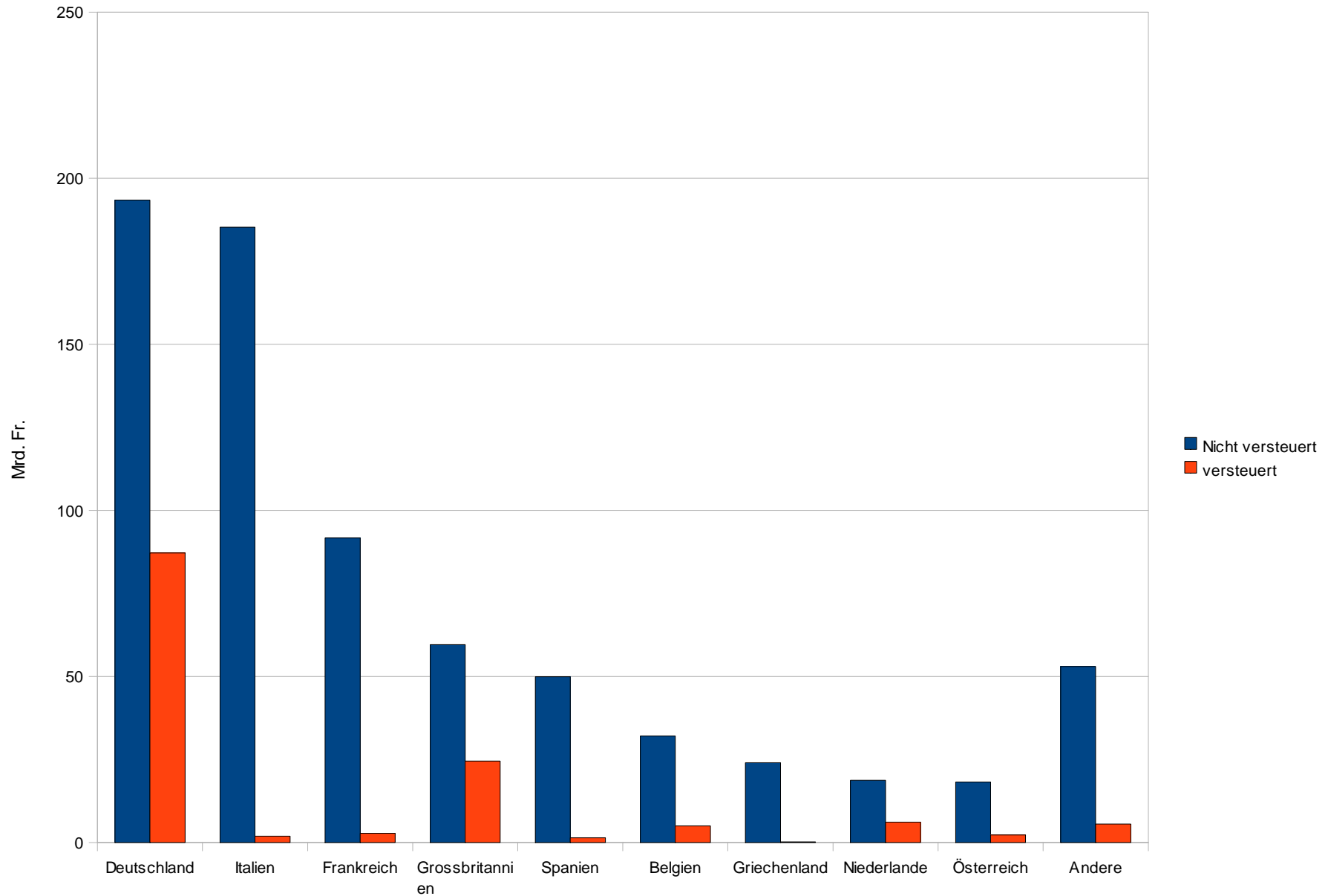
Mangelnde Leadership: Bundesrat überlässt Lösungssuche der Finma, Art. 25/26 funktioniert nicht

Lange Leine: „Täterin“ UBS kann selber Deal aushandeln

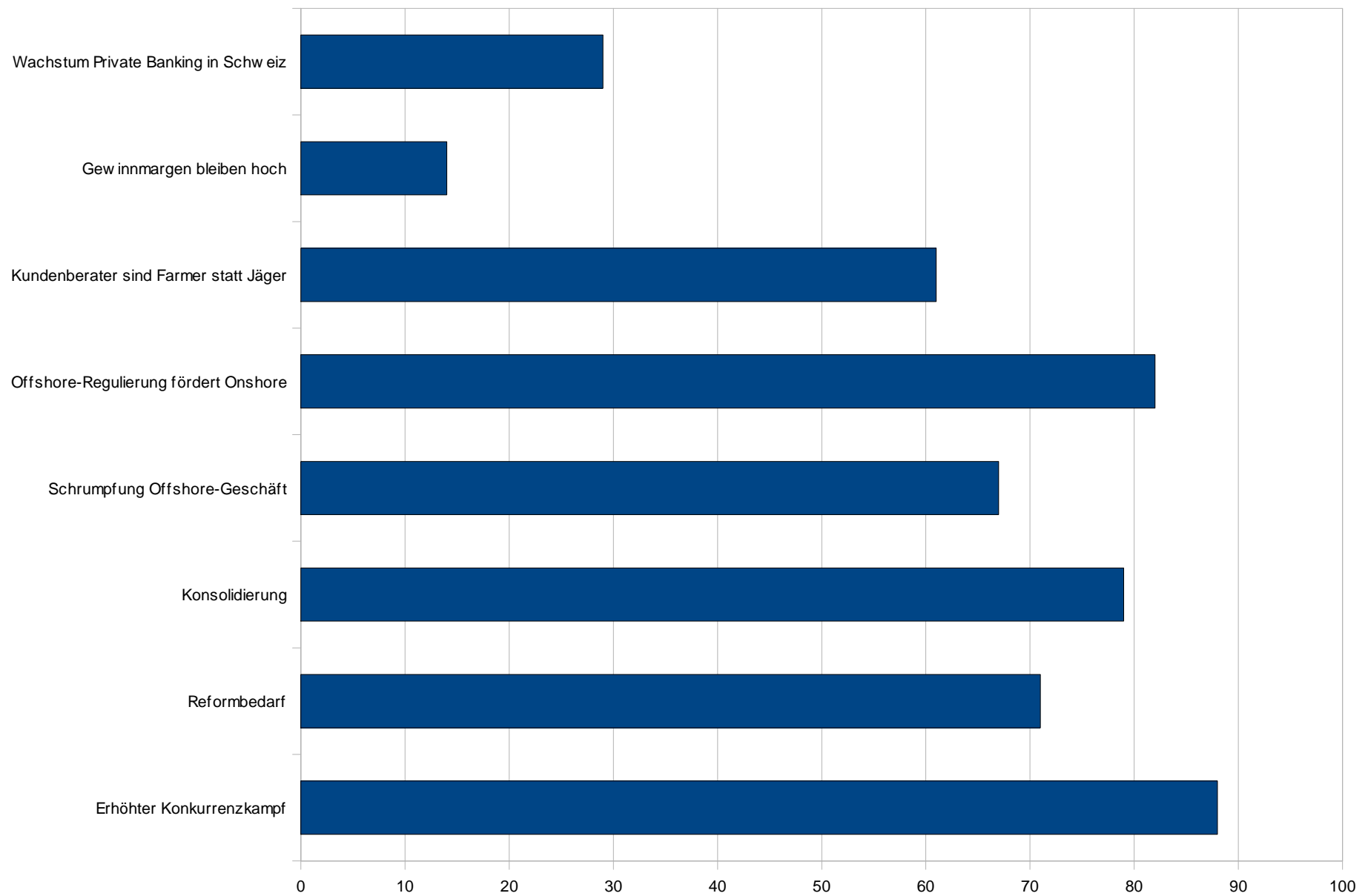
Die Folgen



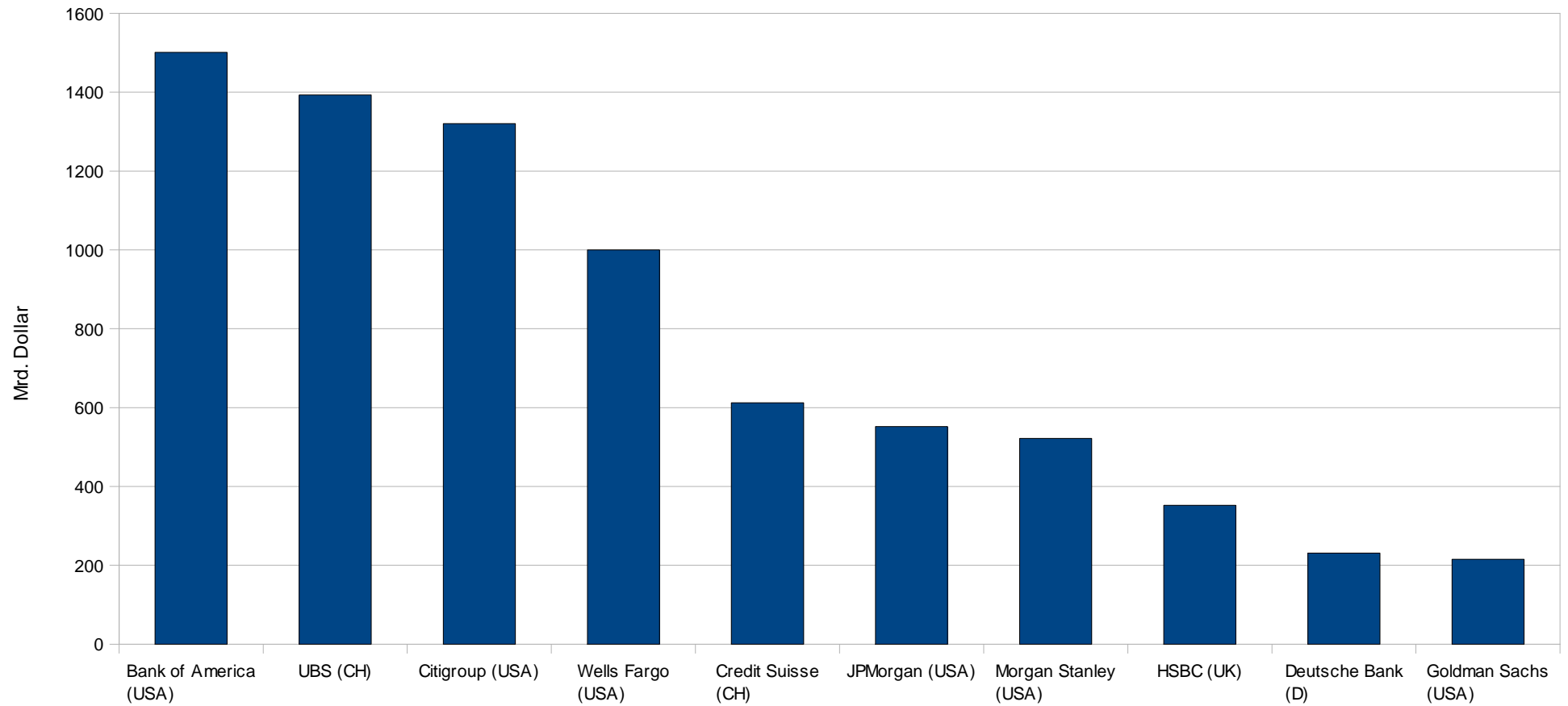
Die Folgen, Forts.



Die Folgen, Forts.



Die Folgen, Forts.



Krise als Chance

Wolfgang Schäuble, NZZ am Sonntag, 7. Feb. 2010:

„Das Bankgeheimnis hatte in Zeiten, in denen Menschen Angst hatten um die Sicherheit ihrer Vermögen, eine andere Funktion und einen anderen Stellenwert als heute«, sagt Schäuble, nun sei es in Deutschland abgeschafft, und auch die EU werde folgen. »Ich glaube nicht, dass sich die Schweiz auf Dauer der europäischen Entwicklung entziehen kann.“